Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5085
(zu Drucksache 7/5042)
26. 04. 76
Sachgebiet 63

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1976 (Haushaltsgesetz 1976)
— Drucksache 7/4100 —

hier: Einzelplan 12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Bericht des Abgeordneten Müller (Nordenham)

I. Allgemeine Bemerkungen

Nach den Beratungen durch den Haushaltsausschuß ergeben sich im Einzelplan 12 folgende Änderungen der Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Vorjahr:

Einnahmen 450 398 000 DM, im Vorjahr 349 435 000 DM. Das sind gegenüber dem Vorjahr 100 963 000 DM mehr.

Die Gesamtausgaben betragen 19 699 077 000 DM gegenüber 18 988 016 000 DM im Vorjahr, also ein Mehr von 711 061 000 DM.

Das Investitionsvolumen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 574 575 000 DM auf 9 327 793 000 DM erhöht. Das sind 47,7 v. H. der Gesamtausgaben. Damit ist der Einzelplan 12 der bedeutendste Investitionshaushalt des Bundes.

Die Verpflichtungsermächtigungen von 4 157 050 000 DM liegen um 170 305 000 DM unter den Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1975.

Die Ausgaben im Einzelplan 12 verteilen sich schwerpunktmäßig auf die Bereiche

Deutsche Bundesbahn	mit	8 634,1 Millionen DM
Bundesfernstraßen	mit	5 767,9 Millionen DM
ÖPNV — einschließlich Betriebsbeihilfe	mit	1 427,0 Millionen DM
Kommunaler Straßenbau	mit	1 101,0 Millionen DM
Wasserbau	mit	1 351,2 Millionen DM
Luftfahrt (einschließlich Flugsicherung und LBA)	mit	566,3 Millionen DM
und die Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit	mit	16,0 Millionen DM.

II. Einzelbemerkungen

1. **Kapitel 12 02** — Allgemeine Bewilligungen —

a) Die Seeschiffahrtshilfen (Tit. 892 02) sowie die im Epl. 09 veranschlagten Werfthilfen waren Gegenstand einer eingehenden Beratung.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Ausschuß dann eine durchgreifende Verbesserung der Hilfen für Schiffbau und Schiffahrt beschlossen. Das Kumulierungsverbot zwischen Werft- und Reederhilfe wurde aufgehoben, die Verpflichtungsermächtigungen für Bewilligungen

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

von Neubauzuschüssen an Reeder wurden von 110 Millionen DM im Regierungsentwurf um 60 Millionen DM auf 170 Millionen DM erhöht. Der Zuschuß deutscher Besteller auf deutschen Werften wurde auf 12,5 v. H. für die Schifffahrtshilfen und maximal 3,5 v. H. für die Werfthilfen festgesetzt. Deutsche Besteller auf ausländischen Werften können mit einem Zuschuß von bis zu 9 v. H. rechnen. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Damit hat der Ausschuß das Mögliche getan, um die gefährdeten Arbeitsplätze in den Küstenländern und im Binnenbereich bei der Zulieferindustrie zu sichern und gleichzeitig der deutschen Schiffbauindustrie im internationalen Wettbewerb zu helfen.

b) Als Bundesleistungen an die Deutsche Bundesbahn sind in der Titelgruppe Deutsche Bundesbahn 8 634,1 Millionen DM veranschlagt gegenüber 8 061,1 Millionen DM im Vorjahr.

Es entfallen auf

erfolgswirksame Leistungen	6 318,0 Millionen DM
(davon 2 358,0 Millionen DM für den Schienenpersonennahverkehr und 94,0 Millionen DM für den Schienenpersonenfernverkehr)	
Liquiditätshilfen	1 266,1 Millionen DM
Investitionszuschüsse	1 050,0 Millionen DM

davon:

a) ohne den Streckenausbau 500 Millionen DM

b) für den Streckenausbau 550 Millionen DM

insgesamt 8 634,1 Millionen DM

Daneben wird der Deutschen Bundesbahn aus dem Epl. 32 der Kapitaldienst für vom Bund zu bedienende DB-Anleihen zur Kapitalaufstockung in Höhe von 192,0 Millionen DM erstattet.

Ferner erhält die Deutsche Bundesbahn aus den zweckgebundenen Mitteln zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden Investitionszuschüsse für Verkehrswege des öffentlichen Personennahverkehrs 354 Millionen DM

sowie Betriebsbeihilfen zur Verbilligung von Gasöl insgesamt 302 Millionen DM.

Die Leistungen des Bundes an sein Sondervermögen Deutsche Bundesbahn betragen in 1976 damit 9 482,1 Millionen DM.

Trotz dieser erheblichen Bundesleistungen muß darauf hingewiesen werden, daß die neuesten Abschlüsse aus der Gehalts- und Tarifrunde zu einer Anspannung der Liquiditätslage der Deutschen Bundesbahn und damit zu einem gewissen Haushaltsrisiko des Bundes führen können (1 v. H. Lohn- und Gehaltserhöhungen betragen rd. 143 Millionen DM).

2. Kapitel 12 03 — Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes —
— Bundeswasserstraßen —

Für die Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung sind für 1976 Ausgaben von 1 351,2 Millionen DM veranschlagt; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr (1 316,7 Millionen DM) eine Steigerung von 2,7 v. H. Weitere rd. 210 Millionen DM für Bauvorhaben an Bundeswasserstraßen fließen den Wasserbaugesellschaften von dritter Seite, im wesentlichen von den Ländern zu.

Für Betrieb und Unterhaltung der Bundeswasserstraßen sind insgesamt 432,5 Millionen DM (1 975 = 405,6 Millionen DM) veranschlagt, wobei insbesondere der Mehrbedarf durch die Übernahme neuer Anlagen berücksichtigt worden ist.

Für Investitionen sind insgesamt 683,4 Millionen DM (Vorjahr 681,8 Millionen DM) vorgesehen, von denen 182,1 Millionen DM auf den Küstenbereich, 501,3 Millionen DM auf die Binnenwasserstraßen entfallen. Hier konnte der Ansatz für den Ausbau des Oberrheins um 8 Millionen DM gekürzt werden, weil die Planungen für Hochwasserschutzmaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind. In den Investitionen für den Küstenbereich sind 10 Millionen DM für die Beseitigung der Sturmflutschäden vom 3./4. Januar 1976 an Schutzwerken und Anlagen der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes enthalten. Der Ausschuß hat im übrigen den Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung gebeten, ein Gutachten über die Durchführung der Naßbaggerei im Regiebetrieb bzw. Unternehmerbetrieb bis Januar 1977 vorzulegen.

3. Kapitel 12 10 — Bundesfernstraßen —

Die Mittel für den Bundesfernstraßenbau sind in 1976 gegenüber dem Vorjahr um 62,1 Millionen DM auf 5 767,9 Millionen DM geringfügig abgesunken. Durch Rationalisierung in der Planung und in der Ausführung werden auf diesem Gebiet jedoch Einsparungen erwartet.

Das Haushaltsjahr 1976 ist zugleich das erste Planungsjahr des Fünfjahresplans 1976 bis 1980. Dies bot Gelegenheit, die Gliederung des Kap. 12 10 und des Straßenbauplans neu zu fassen und besser auf die Haushaltssystematik des Bundes abzustimmen. Der größte Teil der nicht investiven Ausgaben von zusammen 804,1 Millionen DM (744 Millionen DM im Vorjahr) entfällt auf die Unterhaltung und den Betrieb des bestehenden Bundesfernstraßennetzes. Die Ausgabensteigerung auf diesem Sektor ist bedingt durch eine außergewöhnlich hohe Fertigstellungsleistung im BAB-Neubau von 484 km im Jahre 1975 und durch Kostensteigerungen bei personellen und sächlichen Ausgaben.

Den Investitionsausgaben von 4 931,5 Millionen DM liegen folgende Planungsziele zugrunde:

- Sicherstellung eines wirtschaftlichen Verkehrsablaufs, d. h. Verringerung von Engpässen und Stauungen
- Berücksichtigung der Belange der Raumordnung und der regionalen Wirtschaftspolitik
- Beitrag zur Verringerung der Umweltbelastungen
- Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit
- Beitrag zur Verbesserung der internationalen Verkehrsbeziehungen
- Vermeidung von Parallelbauten.

Der Ausschuß hat dem Regierungsentwurf des Kap. 12 10 mit gerinfügigen Änderungen zugestimmt.

4. Kapitel 12 15 — Bundesanstalt für Flugsicherung —

Der Ausschuß hat sich insbesondere mit den Aufgaben der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) sowie mit der Übernahme der Kontrollzentrale Karlsruhe befaßt.

Wegen der Besonderheiten im Bereich der Flugsicherung und speziell bei der Übernahme der Kontrollzentrale Karlsruhe sind insgesamt 89 Planstellen bzw. Stellen bewilligt worden. Davon sind 24 Planstellen für Lotsen mit einem kw-Vermerk 1980 und mit einem einfachen Sperrvermerk versehen.

5. Kapitel 12 17 — Luftfahrt —

Der Ausschuß hat sich mit den Beteiligungen des Bundes an der Deutschen Lufthansa und an den fünf Flughäfen (München, Frankfurt, Köln/Bonn, Hamburg und Berlin) befaßt.

Die Indienststellung der ersten Flugzeuge vom Typ Airbus wurde begrüßt. Die deutsche Luftfahrtindustrie ist am Entwurf und an der Fertigung dieses Modells maßgeblich beteiligt.

Hinsichtlich der Beteiligungen an den Flughäfen erwartet der Ausschuß eine Unterrichtung über etwaige Änderungen in der Beteiligungspolitik des Bundes.

6. Kapitel 12 18 — Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden —

Aufgrund der Steuerneuschätzung wird sich auch das nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zweckgebundene Aufkommen an Mineralölsteuern erhöhen, und zwar um insgesamt 66 Millionen DM.

Der Ausschuß hat dementsprechend die Ansätze um diesen Betrag erhöht. Hiernach stehen nunmehr für den kommunalen Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr jeweils 1 101 Millionen DM zur Verfügung.

Bonn, den 23. April 1976

Müller (Nordenham)

Berichterstatter